

Offener Brief der Freiburger Klimagruppen

Die Klimabewegung wird weiter kriminalisiert

Die aufgeheizte Debatte um die angebliche Verantwortung der „Letzten Generation“ für den Tod einer Radfahrerin in Berlin hat den Weg geebnet für eine neue Welle der Kriminalisierung von Klimaaktivist:innen. Dabei wurde die Radfahrerin von einem Betonmischer überfahren, nicht von Klimaaktivist:innen. Sie war in diesem Jahr bereits das achte Todesopfer bei Berliner Radler:innen, aber nicht das letzte. Der Straßenverkehr bleibt für nicht-motorisierte Teilnehmer:innen mit jährlich fast 100.000 Verletzten und rund 400 getöteten Radfahrer:innen in Deutschland äußerst gefährlich. Die seit langem bekannten, aber von der Verkehrspolitik ignorierten besonderen Gefahren durch den Schwerlastverkehr werden in der Berichterstattung, aber auch in den Kommentaren populistischer Politiker:innen komplett ausgeblendet.

Nach Erhebungen und Schätzungen von Weltbank und Weltgesundheitsorganisation sterben jährlich über eine Million Menschen durch Verkehrsunfälle (Stand 2003). In Deutschland allein im letzten Jahr 2562 Menschen. Zehn davon waren Fahrradfahrer:innen in Berlin, aber keine:r bekam auch nur annähernd soviel Aufmerksamkeit wie die am 31.10. von einem Betonmischer überfahrene Radlerin.

Gleichzeitig erhöht sich der Fahrzeugbestand in Deutschland jährlich um mehr als eine halbe Million. Das sollte Anlass genug sein, darüber nachzudenken, ob die Klima-Aktivist:innen wirklich das Hauptproblem sind!

Wir können verstehen, wenn manche mit den Protestformen der Aktivist:innen der „Letzten Generation“ hadern - zumal angesichts einer sehr stimmungsmachenden Berichterstattung in den Medien: Da werden „Kunstwerke zerstört“ (stimmt nicht) und „der Tod von Menschen gebilligt“ (stimmt auch nicht).

Ausgehend von dem Hungerstreik einiger Aktivist:innen vor der Bundestagswahl 2021 lassen sich viele der Aktionen nur aus einer großen und durchaus nachvollziehbaren Verzweiflung heraus verstehen. Verzweiflung kann im deutschen Strafrecht als strafmildernd ausgelegt werden. Stattdessen wird nun aber nach härteren Strafen geschrien. Das ist durch keine einem Rechtsstaat würdige Gesetzeslage begründet, sondern pure Demagogie. Die Wut populistischer Politiker:innen – insbesondere derjenigen, die sich jahrelang im Widerstand gegen wirksame Klimaschutzmaßnahmen hervorgetan haben – konnte sich Bahn brechen. Es war von der „Klima-RAF“ die Rede (Dobrindt, ehem. Bundesverkehrsminister).

Dabei sind es gerade diese Blockierer:innen von Klimaschutz, die eine ernsthafte Gefahr für Deutschland und die Welt darstellen. Für sie ist endlich nicht mehr der Kampf gegen die Erderwärmung das Thema, sondern der Kampf gegen diejenigen, die auf die verheerenden Folgen der Erderwärmung aufmerksam machen.

Die intergenerative Klimaungerechtigkeit

Das Bundesverfassungsgericht hat am 24. März 2021 in Abwägungen der generationsübergreifenden verfassungsmäßigen Freiheiten klar dargelegt, dass nicht eine Generation durch Untätigkeit den nächsten Generationen radikale Lasten aufbürden darf, die für diese umfassende Freiheits-einbußen nach sich ziehen würde.

An dem Konflikt der Straßenblockaden wird deutlich, wie weit die Untätigen auf ihrer Untätigkeit beharren, indem sie Umstände skandalisieren, die sie selbst ansonsten achselzuckend zur Kenntnis nehmen. Unvermindert wollen diese Untätigen den nächsten Generationen ihre Lasten aufbürden, dabei bewusst gegen die Verfassung verstoßen und dies auch noch mit Gesetzen begründen.

Nimmt man das Urteil des Verfassungsgerichtes ernst, dann kleben die wirklich Kriminellen nicht an Straßen und Bilderrahmen, sondern auf ihren Sesseln in den Parlamenten!

Die Folgen der politischen und medial unterstützten Diskursverschiebung ist die selbstverständliche wochenlange Inhaftierung von Klimaschützer:innen ohne Gerichtsverfahren. Sie ist eine wesentlich gefährlichere Entwicklung für den Klimaschutz und unsere Demokratie, denn sie soll den Preis für wirksamen Protest hochtreiben.

Durch deren Kriminalisierung soll die Klimaschutzbewegung mundtot gemacht werden. Und dies in einer Phase, in der die Widersprüche immer deutlicher werden: Die letzten Monate waren geprägt von klimabedingten Schreckensmeldungen und einer Fülle der Warnungen, dass die Entwicklungen bereits jetzt wesentlich schlimmer sind, als bisher prognostiziert. Hinzu kommt, dass die tatsächliche CO₂-Vermeidung wesentlich geringer ist, als notwendig und vereinbart. Das deutsche Klimaziel bis 2030 wird aller Wahrscheinlichkeit nach verpasst werden.

Wir werden nicht nachlassen im Widerstand gegen die unzureichende derzeitige Klimapolitik, auch auf den Straßen. Die hier unterzeichnenden Freiburger Klimagruppen weisen diese polizeistaatlichen Praktiken zurück und erklären sich mit den Inhaftierten und den Blockierenden solidarisch.

Wir fordern von der Politik im Bund und in den Ländern und Kommunen:

- keine Kriminalisierung der Klimaschützer:innen, sondern
- endlich eine Klimapolitik, die den Herausforderungen gerecht wird und
- endlich eine klima- und radfahrer:innenfreundliche Verkehrspolitik

